



GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG
Nr. 047/2018

28.05.2018

Pakt für Integration mit den Kommunen: Baden-Württemberg fördert an 23 Orten im Land bürgerschaftliches Engagement bei der erfolgreichen Integration von Migrantinnen und Migranten

Minister Manne Lucha: „Integration kann nur gelingen, wenn Zivilgesellschaft systematisch miteinbezogen wird“

Um vor Ort konkrete Vorhaben für eine erfolgreiche Integration zu entwickeln und umzusetzen, fördert das Land in 23 Städten, Gemeinden, Landkreisen und Gemeindeverwaltungsverbänden die Begleitung dieses Prozesses mit jeweils bis zu 40.000 Euro. Ziel ist außerdem die Stärkung nachhaltiger Strukturen für die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Die Prozessbegleitung ist ein Modul des neu aufgelegten Programms „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ und Teil des Pakts für Integration, den die Landesregierung 2017 mit den Kommunalen Landesverbänden geschlossen hat.

„Die vergangenen Jahre haben eindrücklich gezeigt, dass die Integration von geflüchteten Menschen nur gelingen kann, wenn engagierte Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen und ihre Aktivitäten auch Gehör finden in Politik und Verwaltung. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Zivilgesellschaft auch bei der Integrationsplanung systematisch miteinzubeziehen“, sagte Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha am Montag (28. Mai) in Stuttgart. „Dabei gilt es auch, die hohe Engagement-Bereitschaft von Menschen mit Migrationsgeschichte selbst wertzuschätzen und in die Integrationsplanung vor Ort einzubeziehen.“

Ein erfahrenes Team von Prozessbegleiterinnen und -begleitern wird mit den Beteiligten in den Kommunen Schritt für Schritt ein passgenaues Konzept entwickeln und die Umsetzung begleiten. Von den Ergebnissen sollen alle Bürgerinnen und Bürger profitieren, ob alteingesessen oder zugezogen, ob mit oder ohne

Migrationsgeschichte. Bewährte Strukturen und bestehende Aktivitäten sollen dabei ebenso einbezogen werden wie neue Initiativen und das Engagement von Migrantinnen und Migranten.

In diesen Tagen finden die ersten Gespräche mit den ausgewählten Kommunen statt. Dafür steht ein Moderations-Team bereit, das Erfahrung mit Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und mit der Entwicklung kommunaler Strukturen hat. Ein wichtiger Bestandteil der Prozessbegleitung ist der Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Kommunen. Darüber hinaus sollen die Erfahrungen auch anderen Gemeinden, Städten und Kommunen im Land zugänglich gemacht werden.

In der Steuerungsgruppe des Projektes arbeiten unter anderem die Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, das Ministerium für Soziales und Integration, die Fachberatungen der kommunalen Landesverbände und der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen zusammen. Aufgabe der Steuerungsgruppe war es auch, die Kommunen aus zahlreichen Bewerbungen auszuwählen.

23 Projekte quer durch das ganze Land werden durchgeführt: Von Neuenburg am Rhein bis Weinheim, von Baden-Baden bis Giengen an der Brenz. Mit dabei sind kleinere Gemeinden wie Löffingen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, aber auch Gemeindeverwaltungsverbände und Städte wie Freiburg, Pforzheim und Lahr. Den Zuschlag erhalten haben außerdem die Landkreise Tübingen, Tuttlingen und Lörrach sowie der Zollernalbkreis und der Alb-Donau-Kreis.

„Integration gelingt, wenn Politik, Verwaltung und engagierte Einwohnerschaft an einem Strang ziehen“, so Christine Dörner, Projektleiterin an der Führungsakademie Baden-Württemberg. Die Führungsakademie hat das Konzept mitentwickelt und ist mit der Umsetzung des Projekts betraut.

Hintergrundinformation:

Das Vorhaben ist Teil der Engagement-Strategie des Landes Baden-Württemberg und wurde im Rahmen des Pakts für Integration aufgelegt, den das Land und die Kommunen im Jahr 2017 unterzeichnet haben.

Hier werden die Konzepte zur „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ entwickelt:

- Alb-Donau-Kreis
- Stadt Baden-Baden
- Stadt Biberach
- Stadt Crailsheim
- Gemeinde Dielheim
- Stadt Eppelheim
- Stadt Freiburg
- Stadt Giengen an der Brenz
- Stadt Horb
- Stadt Lahr
- Stadt Leimen
- Stadt Löffingen
- Landkreis Lörrach
- Stadt Mössingen
- Stadt Neuenburg am Rhein
- Stadt Messkirch, Gemeinde Ostrach
- Stadt Pforzheim
- Gemeindeverwaltungsverband Rauenberg
- Landkreis Tübingen
- Landkreis Tuttlingen
- Gemeindeverwaltungsverband Vorderes Kandertal
- Stadt Weinheim
- Zollernalbkreis